

Dr. Roland Diehl
Burgstr. 4
79258 Hartheim

Tel. 07633 14362
Fax 07633 405409
rodiehl@web.de

Leserbrief zum Artikel

„Die machen am Ende doch, was sie wollen“

BZ vom 12. Juli 2007

Die Politik muss die Bahn in die Schranken weisen

Die Anhörung zu den Ausbauplänen der Bahn in Weil beweist einmal mehr, dass die Bahn-Vertreter und ihre juristischen Helfer nicht machen können, was sie wollen, sondern was sie dürfen – das aber mit großer Arroganz. Den Rahmen für das, was sie dürfen, setzt die Politik. Unsere Mandatsträger wurden wiederholt darauf aufmerksam gemacht, dass hier Handlungsbedarf besteht. Solange aber die über die Lokalpolitik hinaus wirkenden Abgeordneten in Land und Bund nicht zu einer konzertierten parlamentarischen Initiative zusammenfinden, wird die Bahn mit ihrer lebensfeindlichen Planung am Oberrhein weitermachen können. Es gilt, den Rechts- und Finanzrahmen, in dem die Bahnplaner im Auftrag des Bundes mit unseren Steuergeldern operieren, an eine stark veränderte Sachlage anzupassen. Wenn Tausende von bahnlärm-betroffenen Bürgerinnen und Bürger mit der Gesetzeslage unzufrieden sind, muss sich etwas ändern, sonst muss und darf von einem Missbrauch der Staatsmacht die Rede sein. Das politische Klima am Oberrhein wird kippen, wenn sich die Verantwortlichen dafür nicht dem nachhaltigen Gespräch mit der Bevölkerung stellen. Zwar ist die Politik am Zug, aber es ist keineswegs akzeptabel, dass die Bahnleute bei den Anhørungsveranstaltungen den Schwarzen Peter für ihr im Grunde inakzeptables Tun an die Politik weiterreichen, denn sie wissen genau, was sie mit ihren Planungen

der Bevölkerung antun. Deswegen kann von ihnen, die sie über die Dinge wissen, erwartet werden, dass sie ihren Beitrag zu einer fairen Planung neuer Schienenwege leisten, indem sie der verantwortlichen Politik klar machen, dass so wie bisher nicht weiter mit Menschen verfahren werden kann und dass endlich die nötigen Mittel bereitgestellt werden, um neue Schienenwege menschenverträglich zu bauen. Die DB AG würde damit viel an positivem Image zurück gewinnen, das ihr galoppierend verloren gegangen ist. Die Menschen müssen sich nicht an die Rechtslage, sondern die Rechtslage muss sich an die Menschen anpassen. „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“, heißt es Schwarz auf Weiß im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Das Volk am Oberrhein sollte sich darauf besinnen. Die Bahn will die Planfeststellungen am Oberrhein auf Biegen und Brechen zügig durchziehen wollen, solange sie dabei nicht gebremst wird. Aber sie wird ihre Rechnung ohne den Wirt machen. Das werden die kommenden Anhørungsverfahren zeigen. Da wird es, um Herrn Laubers Schlussfrage zu beantworten, anders zugehen als in Weil. Noch ist es Zeit, das Problem im Sinne der heute schon lärmgeplagten Menschen mit parlamentarischen Mitteln zu lösen. Wenn das die Politik nicht kann oder will, muss das Problem außerparlamentarisch gelöst werden.

Dr. Roland Diehl, Hartheim